

SASTRONOMIE

**Übertreten!**

Bei Menschenfüßen erlaubt,
bei Tisch- und Stuhlbeinen
streng verboten

Amtliche Begrenzung

der Freischankfläche
durch weiße Punkte
auf dem Pflaster

Es wird eng auf den Freischankflächen. Dagegen wehren sich Florian Heindl (auf dem Stuhl links) und Richard Weiss (rechts).

FOTOS: MARCUS SCHLAF

„Wie in der Massentierhaltung“

Wegen einer neuen Verordnung der Stadt müssen derzeit viele Gastronomen ihre Freischankflächen verkleinern. Nicht alle wollen sich das bieten lassen. Eine Bürgerinitiative unterstützt den Kampf der Wirte gegen die Enge.

VON ANNIKA SCHALL

Der erste Kaffee im Freien gehört zu einem der liebsten Frühlingsrituale der Münchner. Und wenn er entspannt draußen sitzt, fällt dem einen oder anderen dann auch wieder ein, warum München früher gerne mal als nördlichste Stadt Italiens betitelt wurde. Ganz unitalienisch jedoch verkommt die Freischank-Kultur derzeit oft zur Millimeterarbeit.

Grund ist eine neue Verordnung der Stadt, die die Freischankflächen vielerorts deutlich verkleinert. Genau genommen gibt es die „Sondernutzungsverordnung für Freischankflächen“ schon seit 2014, durchgesetzt wird sie nach einer zweijährigen Kulanzeit allerdings erst jetzt. Die Verordnung regelt die Mindestdurchgangsbreiten für Fußgänger zwischen der Außenbestuhlung und dem Gehsteigrand. So muss auf normalen Gehsteigen mindestens 1,60 Meter Platz sein. Grenz an den Gehsteig ein Radweg,



Will sich nicht verkleinern: Gastronom Salvatore Musumeci klagt gegen die Anordnung.

müssen 1,90 Meter frei bleiben, und an Parkbereichen sind es sogar mindestens 2,30 Meter. Werden die Abstände nicht eingehalten, drohen den Wirten Bußgelder.

Richard Weiss, Mitglied des Bezirksausschusses Maxvorstadt und Betreiber des Cafés am Josephsplatz, fühlt sich von dem, was dann noch von den Außenbereichen übrig bleibt, an „Massentierhaltung“ erinnert. Er selbst wurde zwar noch nicht aufgefordert, sich den neuen Regeln anzupassen, kann aber vorrechnen, was die

Vorschriften für Gastronomen bedeuten können. 30 Zentimeter würde er in der Tiefe seines Außenbereiches verlieren, rund 40 blieben ihm. „So könnte ich nur noch Einzelpersonen oder Paare an die Tische draußen setzen, keine Gruppen mehr“, sagt Weiss. Je nach Wetterlage und Fluktuation könnte das den Cafébetreiber bis zu 4000 Euro im Monat kosten. „Ich begreife das als Angriff auf meine Existenz.“

Ähnlich sieht das auch Salvatore Musumeci (55), Betreiber des Lokals „Lo Spuntino“

an der Georgenstraße. Von einem Meter auf knapp 60 Zentimeter soll er seine Freischankfläche reduzieren. „So verliere ich die Hälfte meiner Plätze und kann keine Familien mehr raussetzen“, klagt Musumeci. Dabei machten gerade die den Großteil der Kundschaft aus. Umgesetzt hat Musumeci die Anweisung deshalb bisher nicht. Stattdessen hat er sich einen Anwalt genommen und Klage gegen die Stadt eingereicht. Er ist überzeugt: „Die Plätze draußen helfen mir zu überleben,

ohne sie kann ich passen.“

Im Salon Irkutsk an der Isabellastraße ging es ebenfalls um 40 Zentimeter weniger vor der Tür. Hier hat man sich aber entschieden, den Anweisungen der Stadt Folge zu leisten. Rund die Hälfte der Sitzplätze ist jetzt weg. Auch Tische gibt es nicht mehr vor dem Salon. „Grundsätzlich finde ich es gut, dass es Regeln gibt“, sagt Mitbetreiber Daniel Richter, „aber das ist schon eine gewisse Überregulierung.“ Er habe noch nie beobachtet, dass es vor seinem Lokal eng für Fußgänger werde. Dabei helfe natürlich, dass das Irkutsk erst um 18 Uhr aufmache. Ob es wegen der Neuregelung finanziell eng werde, lasse sich erst nach dem Sommer sagen, so Richter, „aber es könnte kritisch werden.“

Unterstützung finden die Gastronomen bei Florian Heindl. Der hat die Bürgerinitiative „Draußen in München“ mit ins Leben gerufen, die die Stadt mit einer Unterschriftenaktion zum Umdenken bringen will. „Der Widerstand wächst, allein um den Josephsplatz haben wir in kurzer Zeit rund 1000 Unterschriften gesammelt“, sagt Heindl. Der Initiative geht es dabei auch um den Schutz der kleinen Vierteltreffpunkte. „An Orten wie der Leopoldstraße wird niemand Probleme bekommen, dort sind die Straßen breit genug“, glaubt Heindl. Das Kreisverwaltungsreferat war für eine Stellungnahme gestern nicht erreichbar.